

Regional agieren, global agitieren!

Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise!" tagte in Stuttgart

Vom 13. bis 15. November tagte in Stuttgart die bundesweite Aktionskonferenz des Bündnisses "Wir zahlen nicht für eure Krise!" In zwei spannenden Auftaktveranstaltungen zu den aktuellen Kämpfen in der Krise wurde über nationale und internationale Kämpfe berichtet, die Mut machten. Auch Fragen der solidarischen und ökologischen Zukunft wurden behandelt, um den notwendigen Zusammenhang beider Felder der Auseinandersetzung herzustellen.

Die knapp 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigten sich mit einer Bestandsaufnahme und den Herausforderungen nach der Bundestagswahl. In Arbeitsgruppen wurden die Auswirkungen der Krise in einzelnen Arbeitsfeldern, so in der Stadt, den Betrieben und bei den Bildungsprotesten, besprochen. Die Erkenntnisse flossen ein in eine Bestandsaufnahme der Bündnisse und ihrer Vernetzung, der Entwicklung und Überlegungen für Kampagnen und Aktionsideen. Die Bundeskoordination fasste alle Arbeitsgruppenergebnisse als Überlegungen zusammen, die von Bernd Riexinger am Sonntag im Plenum vorgetragen wurden.

Herausgearbeitet wurde, dass alle sich einig sind, dass die Maßnahmen der Bundesregierung nicht geeignet sind, die Ursachen der Finanzkrise zu bewältigen. Im Gegenteil, sie verschärfen eher die Krise. Deshalb ist handeln jetzt notwendiger denn je. Dafür wurden als Orientierungspunkte genannt:

- § Unterstützung der betrieblichen Kämpfe - sie dürfen nicht isoliert geführt werden.
- § Solidarität in den Kommunen, und zwar auch mit den Beschäftigten.
- § Gegen eine verfehlte Steuerpolitik - Für eine Umverteilung von oben nach unten.
- § Geld für Bildung und soziale Aufgaben.
- § Für einen "Schutzschirm" für die Menschen - gegen Arbeitsplatzvernichtung, Hartz IV und die Rente mit 67.

Als eine übergreifende Aufgabe wurden in der Diskussion die sozialen Sicherungssysteme, vor allem die Krankenversicherung, hervorgehoben.

In einer ausführlichen und konstruktiven Diskussion ging es um weitere wichtige Arbeitsfelder - so die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, das politische Streikrecht.

Die Mehrheit war für den Beginn mit regionalen Protesten gegen die Regierungspolitik. Auf Vorschlag soll der Auftakt am 20. März in Stuttgart sein. Eine weitere könne in Nordrhein-Westfalen vor der

Landtagswahl folgen. Im Herbst orientiert die Konferenz auf eine große Demonstration in Berlin. Diese muss durch vielfältige örtliche und regionale Infoaktionen und Demos vorbereitet werden. In der Zusammenfassung der Ergebnisse erklärte eine Vertreterin der Bundeskoordination am Ende: "Wir wollen die Fortführung der Rente mit 67 verhindern, wir fordern Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, lehnen die Kopfpauschale im Gesundheitswesen ab, wenden uns gegen die kommende Verarmung und fordern eine Demokratisierung der Finanzsysteme." Jetzt kommt es darauf an, die Bündnisarbeit zu verstärken, örtlich und regional die Arbeit zu verstärken. Dafür machte die Aktionskonferenz Mut.

C. Ko.